



Anfragen zum Plenum Zum Plenum am 17.06.2020 – Auszug aus Drucksache 18/8539 –

Frage Nummer 59 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordnete
**Eva
Lettenbauer**
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)

Im Kontext der wiederkehrenden Berichterstattung über die Zunahme der Gewalt an Frauen während des Corona-Lockdowns in anderen europäischen Ländern, den Warnungen von Expertinnen und Experten, dass dieses Problem auch in Deutschland vorhanden ist und den Zahlen einiger Frauenhäuser, wie dem in Passau, welches von einem „Anstieg der Anrufe verzweifelter Frauen um bis zu 50 Prozent“ während der Ausgangsbeschränkungen berichtet, frage ich die Staatsregierung, wie hat sich die Zahl der Frauen, die sich bei den bayerischen Frauenhäusern bzw. den Fachberatungsstellen melden, seit der Einführung der Ausgangsbeschränkungen entwickelt, was unternimmt die Staatsregierung, um niedrigschwellige Unterstützungs- und Beratungsangebote zu schaffen, die Berichten über eine deutlich größere Kontrolle von Täterinnen und Tätern in Zeiten von Kontaktbeschränkungen gerecht werden, und wo sieht die Staatsregierung in der derzeitigen Lage beim Thema Gewaltschutz bei Frauen noch Nachbesserungsbedarf?

Antwort des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

Bei den Fachberatungsstellen/Notrufen besteht weiterhin eine große Nachfrage. Es ist außerdem ein hoher Bedarf bei den Frauen vorhanden, die bereits in Beratung sind bzw. Kontakt zu Beratungsstellen hatten. Es liegen aber bislang keine konkreten Hinweise vor, dass die Corona-Pandemie zu einer verstärkten Nachfrage nach Frauenhausplätzen geführt hat.

Die Staatsregierung hat die Träger der Frauenhäuser und der Fachberatungsstellen/Notrufe im Zuge der Corona-Pandemie mit insgesamt rund 900.000 Euro bei der Finanzierung von coronabedingten Mehraufwendungen unterstützt. Das umfasst zum Beispiel das Personal, das für die Betreuung und Koordination in externen Schutzplätzen zusätzlich notwendig ist und die zusätzliche technische Ausrüstung, die die digitale Kommunikation und datengeschützte Online-Beratung nötig macht und ermöglicht den Trägern eine bedarfsgerechte Mittelverwendung, um mit den Folgen der Pandemie umzugehen.

Auf der neuen Homepage <https://bayern-gegen-gewalt.de/> der Staatsregierung finden von häuslicher und/oder sexualisierter Gewalt betroffene Erwachsene, Kinder und Jugendliche Informationen und Ansprechpartner sowie FAQs rund um Corona und häusliche Gewalt.

Auch wer Gewalt in der Nachbarschaft bemerkt oder im Familien- oder Freundeskreis vermutet, findet dort Anlaufstellen, die mit Rat und Unterstützung zur Seite stehen.

Die Staatsregierung hat die Bedarfe von Frauen, die von Gewalt betroffen sind, auch während der Corona-Pandemie im Blick. Das Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) steht in engem und regelmäßigem Austausch mit den Dachverbänden des Hilfesystems für gewaltbetroffene Frauen, mit der landesweiten Koordinierungsstelle gegen häusliche und sexualisierte Gewalt und auch mit den Kommunalen Spitzenverbänden, um gewaltbetroffene Frauen umfassend zu unterstützen und auch weiterhin dynamisch, schnell und pragmatisch auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Zu diesem Zweck steht das StMAS auch mit dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration sowie dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege in Kontakt.